



INFORMATIONEN

aus der Forschung des BBR

Laufende Raubeobachtung: Indikatorenband „Aktuelle Daten ...“ und CD „INKAR“

Aktuelle Informationen zum Stand der Raumentwicklung in Deutschland und Europa

Der aktuelle Stand der Raumentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland und in Europa wird mit der Ausgabe 2003 des jährlich erscheinenden Berichtsbandes „Aktuelle Daten zur Entwicklung der Städte, Kreise und Gemeinden“ sowie der dazugehörigen CD-ROM „INKAR – Indikatoren und Karten zur Raumentwicklung“ fortgeschrieben. Wiederum werden fast 300 regionalstatistische Indikatoren zum umfassenden regionalen Vergleich von Lebensbedingungen und für eigenständige raum- und zeitvergleichende Analysen angeboten.

Langjährigen Nutzern des Indikatorenbandes „Aktuelle Daten...“ wird bei der Ausgabe 2003 eine Veränderung gegenüber den Vorjahren sofort ins Auge springen: Das neu gestaltete Layout, das Farbleitsystem bei den Tabellen und die farbigen Karten sollen den Lesern die Nutzung des Bandes ebenso erleichtern wie die überarbeiteten Indikatorenbeschreibungen.

Der Indikatorenband bietet 15 Kreistabellen mit insgesamt 198 Indikatoren zu den Themen Bevölkerung und Siedlungsstruktur, Natürliche Entwicklung, Räumliche Mobilität, Alters- und Sozialstruktur, Wirtschaft, Beschäftigung und wirtschaftliche Leistung, Öffentliche Haushalte, Arbeitslosigkeit, Bildung, Medizinische Versorgung, Baulandmarkt und Bautätigkeit sowie Gebäude- und Wohnungsbestand.

Inhaltlich greift der Bericht 2003 in großen Teilen das Tabellenprogramm der Vorjahre auf. Zusätzlich werden neue oder in der Berechnung modifizierte Indikatoren ergän-

zend angeboten. So erfährt z.B. die Tabelle „Siedlungsstruktur“ mit den neuen Indikatoren Regionales Bevölkerungspotenzial, Zentrennahe Bevölkerung und Ländlichkeit eine wesentliche Erweiterung im Hinblick auf die Darstellung siedlungsstruktureller Aspekte. Die Indikatoren zur Wirtschaft bzw. Beschäftigtenstruktur in der Bundesrepublik können erstmals um wichtige Informationen zu Arbeitnehmerentgelten bzw. den gezahlten Bruttolohn- und Gehaltssummen der Arbeitnehmer ergänzt werden. Wie schon im Vorjahresbericht wird der Themenkomplex „Wirtschaftskraft und Finanzen“ wieder mit zwei Tabellen zur „wirtschaftlichen Leistung“ – auf der Basis von Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung – und den Einnahmen und Ausgaben der „Öffentlichen Haushalte“ abgebildet. In der Tabelle „Bildung“ kann nun auch zwischen Studierenden an wissenschaftlichen Hochschulen sowie an den

Inhalt:

- Laufende Raubeobachtung
- Aufbau Ost
- Demographischer Wandel
- ESPON-Projekt 2.1.1
- Raumordnungsstrategien für ein Integriertes Küstenzonenmanagement
- Aktuelle Neuererscheinungen
- Bundestransferstellen Soziale Stadt und Stadttumbau Ost eingerichtet
- II. Nationaler Städtebaukongress

Hinweis an unsere Abonnenten

Die INFORMATIONEN aus der Forschung des BBR sind als Print- oder Online-Version sowie jetzt zusätzlich auch als E-Mail-Newsletter verfügbar. Bitte entscheiden Sie, welche Version Sie nutzen möchten.

Bitte senden Sie dazu den Fragebogen aus Nr. 6.2003 unbedingt zurück. Oder teilen Sie uns umgehend via E-Mail Ihre persönlichen Angaben mit:

- Kunden-Nummer (*steht über Adress-Etikett*)
- Anschrift
- Version (Print, Online, E-Mail-Newsletter)

E-Mail: gabriele.bockschecker@bbr.bund.de

Nur wenn Sie uns die vorgenannten Angaben rückmelden, werden Sie auch weiterhin die INFORMATIONEN aus der Forschung des BBR erhalten!



Indikatorenband „Aktuelle Daten ..., Ausgabe 2003“ (Berichte, Band 17)
20,00 Euro (zzgl. Versand)



CD-ROM „INKAR Ausgabe 2003“
25,00 Euro (zzgl. Versand)

Komplettpaket: Berichtsband und CD-ROM:
40,00 Euro (zzgl. Versand)

zu beziehen beim
Selbstverlag des BBR
Postfach 21 01 50
53156 Bonn
Fax: 018 88 – 401 22 92
E-Mail:
selbstverlag@bbr.bund.de

Ansprechpartner:

Helmut Janich
Referat I 6 „Raum- und
Stadtbeobachtung“
Tel.: 018 88 – 401 22 58
Fax: 018 88 – 401 23 55
E-Mail:
helmut.janich
@bbr.bund.de

Fachhochschulen unterschieden werden. Die bereits in früheren Berichten angebotenen Indikatoren zur ambulanten und stationären medizinischen Versorgung werden um weitere Fachärztegruppen ergänzt. Drei neue Indikatoren zur Erreichbarkeit von Oberzentren, von Anschlussstellen im Bundesautobahnnetz sowie von Metropolregionen erweitern die Aspekte des Erreichbarkeitspotenzials im motorisierten Individualverkehr wie auch im öffentlichen (Schienen-) Verkehr. Schließlich werden im Themenbereich „Baulandmarkt und Bautätigkeit“ neben den Baulandpreisen erstmals auch Angaben zur umgesetzten Fläche baureifen Landes vorgestellt.

Darüber hinaus werden viele bereits aus den vorangegangenen Publikationen bekannte Indikatoren auch dank einer verbesserten Datenverfügbarkeit nun für unterschiedliche Bezüge oder Bezugsgruppen berechnet (z. B. Frauenarbeitslosenquote). So werden beispielsweise für verschiedene Gruppen (Junge, Alte, Ausländer) jeweils die Problemstruktur und das Ausmaß von Betroffenheit abgebildet.

Ergänzt werden die auf die Bundesrepublik bezogenen 15 Kreistabellen durch zwei Tabellen mit insgesamt 25 Indikatoren für Gemeinden mit mehr als 20.000 Einwohnern. Sie beleuchten die Themenbereiche „Bevölkerung“, „Beschäftigung“, „Arbeitslosigkeit“, „Wohnen“ und „Finanzsituation“ der 683 Gemeinden dieser Größenklasse.

Auch im Bericht 2003 werden wieder in vier Tabellen 40 Indikatoren für die Regionen der Europäischen Union angeboten. Dabei werden bereits jetzt schon die zukünftig der EU beitretenden 12 Staaten in ihrer regionalen NUTS-Gliederung berücksichtigt. Der Nutzer ist damit in der Lage, die Situation einzelner Kreise, Gemeinden und Regionen nicht nur innerhalb Deutschlands zu vergleichen, sondern auch vor dem Hintergrund der Regionalentwicklung in Europa zu analysieren. Angeboten werden Indikatoren zur Bevölkerungs- und Altersstruktur sowie zu Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit, die jeweils für die räumliche Ebene der NUTS-Gliederungen 0, 1, 2 und teilweise 3 zur Verfügung stehen.

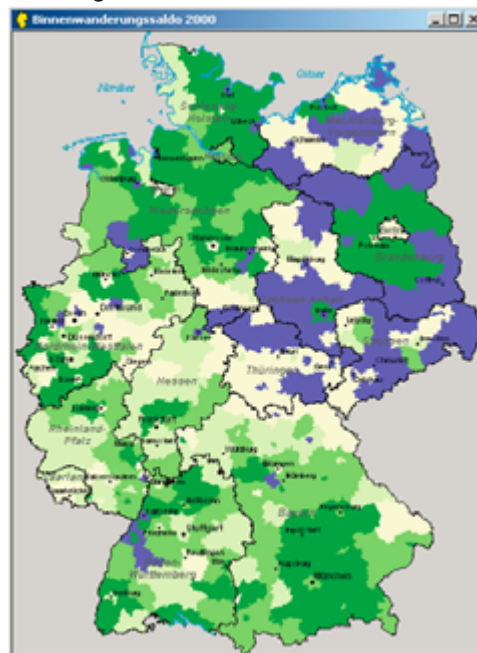
INKAR 2003: Vielfältige graphische und kartographische Funktionen

Die selbstständige Nutzung aller Indikatoren wird durch die CD-ROM „INKAR – Indikatoren und Karten zur Raumentwicklung“ unterstützt, die parallel zum Indikatorenband angeboten wird.

Mit INKAR 2003 werden Nutzer in die Lage versetzt, eigenständig Tabellen, Karten und Diagramme zum Stand und zur Entwicklung der Lebensverhältnisse in Deutschland und Europa zu erstellen. Ein einfach zu bedienendes Datenretrievalprogramm bietet die Möglichkeit zur beliebigen Kombination von Indikatoren aus verschiedenen Beobachtungsbereichen und Raumbezügen. Die Kombinationen werden in eigenen Tabellen dargestellt, die in alle gängigen Formate exportiert werden können. Alle Indikatoren lassen sich als thematische Karten auf der Ebene von Stadt- und Landkreisen, Regionen, Bundesländern oder Regionen der Europäischen Union darstellen. Die Karten können entweder alle Raumeinheiten umfassen und somit Deutschland bzw. die Europäische Union komplett abdecken oder nur einzelne ausgewählte Raumeinheiten darstellen (geographische Selektion). Die Indikatorenwerte können nach eigenen Vorstellungen oder festen Vorgaben klassifiziert und mittels mehrerer Farbschemata oder Graustufen dargestellt werden. Eine Suchfunktion zum Auffinden bestimmter Raumeinheiten steht ebenso zur Verfügung wie die Möglichkeit des stufenlosen Zoomens, bei dem automatisch mehr Kartendetails eingeblendet werden. Die Karten können ausgedruckt und in verschiedene Formate exportiert werden.

Ebenfalls in INKAR 2003 enthalten ist die Möglichkeit, die Indikatorenwerte auf den verschiedenen räumlichen Einheiten graphisch als Balken-, Linien- oder Kreissektordiagramm darzustellen und zu exportieren.

Mit wenigen Mausclicks zur Karte INKAR 2003



Projektplanung „Aufbau-Ost“

Informationen ab Anfang April im Netz

Seit der Wiedervereinigung betrachtet die Bundesregierung den „Aufbau Ost“ als eine der wichtigsten innenpolitischen Aufgaben. Mit dem gleichlautenden Forschungsprogramm fördert das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen seit 2003 Projekte, die spezifische Fragen zu den neuen Ländern aufgreifen. Die Umsetzung des Programms liegt im Wesentlichen in der Verantwortung des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung (BBR). Ab Anfang April 2004 sind die Projekte des Forschungsprogramms „Aufbau Ost“ über das Internet unter www.bbr.bund.de abrufbar. Die Internetseiten informieren über Projektkonzeptionen, Ergebnisse und Ansprechpartner und bieten weiterführende Informationen zu den Forschungsschwerpunkten.

Im Forschungsprogramm werden Projekte zu den Themenbereichen

- Zukunftsplanung,
- Regionale Entwicklung,
- Standortentwicklung,
- Infrastruktur,
- Wohnen und Bauen,

in Ostdeutschland gefördert. Die Projekte zielen überwiegend darauf, durch eine kritische Reflektion der bisherigen Entwicklung konkrete Modellprojekte, Maßnahmen und Strategien vorzubereiten und damit Impulse für die Praxis zu geben. Um die Fachöffentlichkeit über das Programm „Aufbau Ost“ zu informieren, werden Konzepte und Ergebnisse ausgewählter Vorhaben im Internet veröffentlicht.

Der Webauftritt ist entsprechend der thematischen Gliederung des Forschungsprogramms aufgebaut. In den fünf genannten Themenbereichen befinden sich aktuell 12 Projekte. Bis Mitte des Jahres wird sich die Anzahl voraussichtlich verdoppeln.

Struktur und Projekte des Themenbereichs Infrastruktur

Ein Anliegen des Forschungsprogramms „Aufbau Ost“ ist, Informationen zum Stand der Modernisierung und Anpassung der Infrastruktur in Ostdeutschland zu gewinnen. Projekte, die sich mit diesen Fragestellungen befassen, werden mit kurzen Beschreibungen auf der Startseite des Themenbereichs „Infrastruktur“ vorgestellt. Dazu gehören:

The screenshot shows the website interface for 'projektplanung OST AUFBAU'. On the left is a green navigation menu with links: Home, Zukunftsplanung, Regionale Entwicklung, Standortentwicklung, Infrastruktur, Wohnen und Bauen, Querschnittsthemen, Archiv, Kontakte/Impressum, and Suchen. Below the menu is a logo and contact information for the Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung (www.bbr.bund.de). The main content area features a map of East Germany with a text box stating: 'Mit dem Programm „Aufbau Ost“ fördert der Bund Forschungsprojekte, die spezifische Fragen zu den neuen Ländern aufgreifen. Das Forschungsprogramm wurde 2003 erstmalig bewilligt.' Below this, a list of 'Themenschwerpunkte des Programms' includes: >> Zukunftsplanung, >> Regionale Entwicklung, >> Standortentwicklung, >> Infrastruktur, >> Wohnen und Bauen, and >> Querschnittsthemen. At the bottom right of the map area is a button labeled 'ausdrucken' and an 'oben' link.

- Modellvorhaben zur Infrastrukturplanung
- Siedlungsentwicklung und Infrastrukturfolgekosten – Bilanzierung und Strategieentwicklung
- Raumordnung auf dem Meer – Pilotprojekt zur Koordination konkurrierender Raumnutzungsansprüche Ostsee
- Entwicklung der Tourismusbranche in Ostdeutschland

Ein „Klick“ weiter, auf den Seiten der Projekte, werden in den Rubriken „Projekt“ und „Untersuchungsdesign“ Ausgangslage, Zielsetzungen, methodisches Vorgehen und Forschungsleitfragen der Vorhaben beschrieben. In der Rubrik „Ergebnisse“ wird über veröffentlichte Informationen aus den Projekten informiert. Hierzu gehören Publikationen, Dokumentationen von Veranstaltungen und andere Produkte aus den Projekten. In der Rubrik „Infos“ wird eine Auswahl von Links angeboten, mit welchen der Einstieg in weiterführende Recherchen ermöglicht werden soll. In der Rubrik „Kontakte“ sind sowohl Kontaktadressen der verantwortlichen Projektkoordinatoren des BBR als auch Angaben zu den Ansprechpartnern in den beauftragten Forschungsinstituten zu finden.

Aufgrund der einheitlichen Darstellungsweise der Forschungsprojekte ist es leicht, sich einen schnellen Überblick zu Forschungsprogramm und einzelnen Projekten zu verschaffen. Eine Stichwortsuche über alle Projekte rundet das Informationsangebot ab.

Ansprechpartner:

Jörn Solbrig
 Referat I 7 „Wissenschaftliche Dienste“
 Tel.: 018 88 – 401 23 10
 Fax: 018 88 – 401 23 15
 E-Mail:
joern.solbrig@bbr.bund.de



Das Heft kann beim
Selbstverlag des BBR
Postfach 21 01 50
53156 Bonn
Fax: 018 88 – 401 22 92
E-Mail:
selbstverlag@bbr.bund.de
zum Preis von
5,00 Euro (zzgl. Ver-
sand) bezogen werden

Ansprechpartner:

Dr. Hans-Peter
Gatzweiler
Abteilungsleiter I
Martina Kocks
Referat I 4 „Regionale
Strukturpolitik und
Städtebauförderung“
Tel.: 018 88 – 401 22 77
Tel.: 018 88 – 401 23 21
Fax: 018 88 – 401 23 56
E-Mail:
hans-peter.gatzweiler
@bbr.bund.de
martina.kocks
@bbr.bund.de

Demographischer Wandel – Eine Herausforderung für die Raumordnung

Der demographische Wandel ist eine Herausforderung für die Raumordnung in Bund und Ländern. Warum? Differenziert nach den zentralen Trends des demographischen Wandels – Schrumpfung, Alterung, Internationalisierung – entsteht ein Bündel von unterschiedlichen Anpassungserfordernissen:

- Der Bevölkerungsrückgang führt vor allem in dünn besiedelten, ländlichen Räumen zu generellen Tragfähigkeitsproblemen (ÖPNV, Handel und Dienstleistungen, soziale und kulturelle Infrastruktur, Energie- und Wasserversorgung).
- Die raschen Altersstrukturveränderungen (vor allem im Osten) als Folge einer besonders hohen Diskontinuität der Geburtsjahrgangsstärken bewirken starke Schwankungen beim altersspezifischen Infrastrukturbedarf, welche die infrastrukturellen Anpassungsprobleme verschärfen.
- Die Internationalisierung, der zunehmende Anteil von Ausländern, von Einwohnern mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung, erfordern integrationsfördernde Maßnahmen auf verschiedenen räumlichen Handlungsebenen, vor allem vor Ort, in den Städten und Gemeinden.

Eine der wichtigsten Aufgaben der Raumordnung besteht in der Sicherung und Weiterentwicklung der öffentlichen Daseinsvorsorge. In Zeiten knapper Kassen und damit eingeschränkter Handlungsspielräume wird dies allerdings zunehmend schwieriger. Die aus der räumlichen Dimension des demographischen Wandels resultierenden Anpassungserfordernisse verlangen nach raumordnerischen Weichenstellungen. Was die Bundesraumordnung betrifft, sind deren Kompetenzen zwar begrenzt, gleichwohl kann sie aber wichtige Aufgaben wahrnehmen: Anfangen von einer ergebnisoffenen Überprüfung raumordnerischer Leitbilder und Ziele, z.B. der Aufrechterhaltung des Postulats der Gleichwertigkeit der Lebensbedingungen bis hin zu einer Überprüfung der Verfahren und Instrumente zur Wahrnehmung des Koordinierungsauftrags der Raumordnung auf den verschiedenen räumlichen Ebenen.

Eine wichtige Rolle als Handlungsfeld des Bundes spielen auch Modellvorhaben. Sie geben der Bundesraumordnung die Mög-

lichkeit, in Zusammenarbeit mit Akteuren vor Ort in den Regionen innovative raumordnerische Handlungsansätze zu entwickeln und zu erproben. Im Mittelpunkt aktueller Modellvorhaben der Raumordnung stehen dabei zurzeit Strategien und Konzepte zur Sicherung einer angemessenen regionalen Infrastrukturversorgung. In einzelnen oder miteinander verknüpften Handlungsoptionen werden in Modellregionen Grund- und Berufschulstrukturen modifiziert, der Schülerverkehr und der ÖPNV insgesamt neu geregelt, die medizinische Grundversorgung neu strukturiert, dezentrale Angebote in „Dorfzentren“ gebündelt, alternative Lösungen der Wasserver- und -entsorgung geprüft und das Zentrale-Orte-System als siedlungsstrukturelles Konzept zur Sicherung der öffentlichen Daseinsvorsorge weiterentwickelt.

Für die Suche nach geeigneten Konzepten kann es von Vorteil sein, über die Landesgrenzen hinaus zu blicken, um zu erfahren, wie andere europäische, teilweise sehr viel dünner besiedelte Regionen eine adäquate Infrastrukturversorgung aufrecht erhalten können. Ein aktuelles Themenheft der IzR „Demographischer Wandel und Infrastruktur im ländlichen Raum – von europäischen Erfahrungen lernen“ stellt einschlägige gute Beispiele vor. Sie verdeutlichen, dass eine angemessene Versorgung selbst in Regionen mit sehr viel geringerer Dichte, als sie in den Modellregionen vorliegt, möglich ist.

In den Fallbeispielen überwiegen Konzepte für eine Neuorganisation der Vernetzungsstrukturen zwischen Akteuren und Institutionen und ein sektorenübergreifendes Zusammenwirken privater und öffentlicher Träger. Vielfach wird die öffentliche Hand durch bürgerschaftliches Engagement unterstützt. Damit verringern sich nicht nur Kosten, es steigen auch die Akzeptanz und die Identifikation mit öffentlichen Einrichtungen. Die organisatorische Vernetzung ist sehr häufig auch mit einer technischen Vernetzung gekoppelt. Neue Informations- und Kommunikationstechnologien spielen dabei gerade in sehr dünn besiedelten Räumen eine Schlüsselrolle. Trotz unterschiedlicher politisch-administrativer, wirtschaftlicher und kultureller Rahmenbedingungen sind viele im europäischen Ausland erfolgreich erprobte Konzepte und Strategien prinzipiell auf deutsche Regionen übertragbar.

Einladung zur gemeinsamen Veranstaltung von ARL und BBR Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir?

17. und 18. Juni 2004, Johanniskirche Magdeburg



Ziel der Veranstaltung ist eine breite Diskussion der Auswirkungen des demographischen Wandels auf die Raumentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Im Mittelpunkt werden Folgerungen für die räumliche Politik und Planung stehen.

Programm	Freitag, den 18. Juni 2004
Donnerstag, den 17. Juni 2004	
13.00 Uhr Begrüßung und Eröffnung Florian Mausbach, Präsident des BBR, Bonn Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Zimmermann, Präsident der ARL, Hannover Dr. Karl-Heinz Daehre, Minister für Bau und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt, Magdeburg Dr. Lutz Trümper, Oberbürgermeister Magdeburg	9.00 Uhr Forum 2: Demographischer Wandel in Großstadregionen Moderation: Prof. Dr. Heinrich Mäding, Berlin Impuls: Prof. Dr. Johann Jessen, Stuttgart Diskussion: Oberbürgermeister Dr. Lutz Trümper, Magdeburg Beig. Dr. Engelbert Lütke Daldrup, Leipzig Erster Beig. Dipl.-Geogr. Jens Peter Scheller, Frankfurt/Main Planungsdezernent Ullrich Sierau, Dortmund VerbDir. Christian Breu, München
14.00 Uhr Herausforderungen und Perspektiven der Bundesraumordnung Dr. Manfred Stolpe, Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Berlin	11.00 Uhr Pause
14.30 Uhr Pause	11.30 Uhr Schrumpfung der Städte und Regionen im Osten Deutschlands: Testfall für den Westen? Dr.-Ing. Marta Doehler-Behzadi, Leipzig
15.15 Uhr Konsequenzen der demographischen Entwicklung für die Bundesrepublik Deutschland Prof. Dr. Dr. h.c. Dieter Oberndörfer, Freiburg i.Br.	12.00 Uhr Mittagspause
15.45 Uhr Regionale Auswirkungen des demographischen Wandels Prof. Dr. Paul Gans, Mannheim	12.45 Uhr Podium: „Demographischer Wandel im Raum: Was tun wir?“ Moderation: Dr. Heik Afheldt, Berlin Diskussion: Prof. Dr. Christoph Horn, Bonn Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Zimmermann, Präsident der ARL, Hannover Prof. Dr. Wendelin Strubelt, Vizepräsident des BBR, Bonn Prof. Dr. Gert G. Wagner, Berlin Prof. Dr. Jutta Allmendinger, Nürnberg Dr. Albert Schmid, Nürnberg
16.15 Uhr Pause	14.45 Uhr Schlussworte Prof. Dr. Dr. h.c. Horst Zimmermann, Präsident der ARL, Hannover Prof. Dr. Wendelin Strubelt, Vizepräsident des BBR, Bonn
16.45 Uhr Forum 1: Demographischer Wandel in dünn besiedelten, strukturschwachen Räumen Moderation: Prof. Dr. Heiner Monheim, Trier Impuls: Dipl.-Ing. Bärbel Winkler-Kühlken, Berlin Diskussion: Dipl.-Geogr. Christoph Kaufmann, Neubrandenburg Dipl.-Geogr. Heike Zettwitz, Dresden Dr. Christian Diller, Kiel Carsten Maluszczak, Cottbus Dr. Gunter Bühler, Bayreuth	15.15 Uhr Ende der Tagung
19.15 Uhr Empfang des Ministers für Bau und Verkehr des Landes Sachsen-Anhalt	

Hinweise

• Anmeldung

Bitte melden Sie sich bis zum 14. Mai 2004 beim Sekretariat der ARL, Hohenzollernstraße 11, 30161 Hannover an.
(Fax: +49 (0)511/3 48 42-41)

Ihre schriftliche Anmeldung gilt als verbindlich. Sie erhalten keine Anmeldebestätigung.

• Tagungsgebühr

85,- Euro pro Person, ermäßigt 45,- Euro (für Mitglieder des Jungen Forums sowie für Studenten und Arbeitslose; Vorlage entsprechender Unterlagen am Tagungsbüro).

Der Tagungsbeitrag schließt Tagungsunterlagen, Pausengetränke an beiden Tagen sowie einen Mittagsimbiss am 2. Veranstaltungstag ein. Die Kosten für die Übernachtung sind im Tagungsbeitrag **nicht** enthalten.

• Überweisung

Bitte überweisen Sie Ihren Tagungsbeitrag bis zum 1. Juni 2004 unter Angabe Ihres Namens und des Stichworts „ARL/BBR-Tagung 2004“ auf das Konto der ARL, Kto.-Nr. 101 059 558 bei der Norddeutschen Landesbank, Hannover, BLZ 250 500 00.

Bei Stornierungen nach dem 1. Juni 2004 wird der Tagungsbeitrag abzüglich einer Gebühr von 20,- Euro zurückerstattet.

Nähere Informationen finden Sie unter

www.bbr.bund.de/neues.htm

www.arl-net.de/veranst/veranst.html

Ansprechpartnerin: Regina Hardt
Tel.: 0511 / 348 42-32
E-mail: Hardt@ARL-net.de



ESPON 2006 – 3. ESPON-Seminar

Beteiligung des BBR als Partner am ESPON-Projekt 2.1.1

In den Informationen zur Forschung informierten wir Mitte des vergangenen Jahres grundsätzlich über das ESPON 2006 Programm sowie das 2. ESPON Seminar. An dieser Stelle möchten wir dem Anliegen nachkommen, aktuell über die fortlaufenden Entwicklungen im ESPON Programm zu unterrichten. Schwerpunkte bilden diesmal das 3. ESPON Seminar und das ESPON Projekt 2.1.1: Räumliche Auswirkungen von EU-Verkehrs- und TEN-Politiken, an denen das BBR als Partner beteiligt ist.

3. ESPON Seminar

Das 3. ESPON-Seminar fand am 6./7. Oktober 2003 in Matera (Italien) statt. Es nahmen mehr als 130 Wissenschaftler, Berater und Politiker aus ganz Europa teil. Ziel war es, die von den transnationalen Projektgruppen (TPGs) erreichten vorläufigen Ergebnisse sowie deren erste Ideen zu politischen Empfehlungen zu präsentieren, zu bewerten und zu diskutieren. Alle Lead Partner waren gefordert, die Arbeit der TPGs vorzustellen und sich dabei auf Hauptergebnisse, wichtigste Entscheidungen, die Nutzung der gemeinsamen Plattform und Herausforderungen in der nächsten Projektphase zu konzentrieren.

Ein spezieller Programmteil widmete sich ersten politischen Empfehlungen aus den Zwischenberichten, was den Seminarteilnehmern Gelegenheit zum direkten Dialog mit den TPGs gab. Parallel stattfindende Workshops sollten sich auf Fortschritte bei den ESPON-Instrumenten zur Erzeugung von Karten, auf Erfahrungen im Entwicklungsprozess von Zielen und Konzepten hin zu politischen Empfehlungen sowie auf Indikatoren, Typologien und themenübergreifende Analysen konzentrieren.

Das 4. ESPON Seminar wird am 10. und 11. Oktober 2004 in Lillehammer, Norwegen, stattfinden.

Neben der Leitpartnerschaft des ESPON Projekts 3.1 nimmt das BBR an weiteren Projekten als Partner teil, wie z. B. am Projekt 2.1.1, das nachfolgend vorgestellt wird (S. 7).

ESPON-Projekt Data Navigator beendet

Als erstes Projekt wurde das Projekt Data Navigator (ESPON 4.1) abgeschlossen. Es gibt einen Überblick über Hauptdatenquellen und Kontaktpunkte, Strukturen und

Links, welche die Aufgaben von ESPON auf nationaler und regionaler sowie europäischer und transnationaler Ebene unterstützen. Endergebnis dieses Projektes ist ein Überblick, der bei der Suche nach räumlich-relevanten Daten und Karten für Europa behilflich ist. Er deckt die 15 Mitgliedstaaten, die Beitrittsstaaten, die benachbarten Länder und den Mittelmeerraum ab. Im BBR wurde die Zusammenstellung der Einzelbeiträge koordiniert (Kontakt: Volker Schmidt-Seiwert). Die interaktive Version des Data Navigator gibt es zum einen auf CD-ROM, zum anderen ist diese online über die ESPON-Homepage http://www.espon.lu/online/documentation/projects/data_navigator/index.html zugänglich.

Einführung neuer Projekte für 2004

Zum Beginn des neuen Jahres startete das ESPON Projekt 3.2 „Szenarien und Orientierungen der Raumentwicklung hinsichtlich EUREK und Kohäsionspolitik“.

Vier weitere ESPON-Projekte werden im März 2004 ausgeschrieben:

- 2.1.5 Räumliche Auswirkungen europäischer Fischereipolitiken
- 2.3.1 Anwendung und Wirkung des EUREK in den Mitgliedstaaten
- 2.3.2 Regieren im Bereich räumlicher und städtischer Politiken von der EU bis zur lokalen Ebene
- 3.3. Räumliche Dimension des Lissabon/Göteborg -Prozesses

Für Mai 2004 sind die Ausschreibungen weiterer Projekte geplant:

- 1.2.3 Identifizierung räumlich relevanter Aspekte der Informationsgesellschaft
- 1.3.3 Rolle und räumliche Auswirkungen des kulturellen Erbes und der kulturellen Identität
- Europa in der Welt
- Räumliche Trends und Politikauswirkungen in transnationalen und nationalen Räumen

Die Ausschreibung der vier Projekte soll im Frühjahr 2004 versendet werden. Sie wird im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht (<http://ted.publications.eu.int>).

Alle Zwischenberichte und weitere Informationen sind im Internet unter der Adresse www.espon.lu erhältlich.

siehe auch:
<http://www.bbr.bund.de/raumordnung/europa/espon.htm>

Kontakt:

ESPON Contact Point für Deutschland:
Dr. Karl Peter Schön
Dr. Wendelin Strubelt
Tel.: 018 88 – 401 23 29

Projektbezogene Ansprechpartner:

Dr. Karl Peter Schön
Tel.: 018 88 – 401 23 29
Volker Schmidt-Seiwert
Tel.: 018 88 – 401 22 46
Lars Porsche
Tel.: 018 88 – 401 23 51
Referat I 3 „Europäische Raum- und Stadtentwicklung“
Fax: 018 88 – 401 22 60

ESPON-Projekt 2.1.1: Territorial Impacts of EU Transport and TEN Policies

Für das ESPON-Projekt 2.1.1 zum Thema „Räumliche Auswirkungen von EU-Verkehrs- und TEN-Politiken“ hat das BBR vom Leitpartner, dem Institut für Regionalforschung der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel, Teilaufgaben als Projektpartner übernommen. Neben der begleitenden Rolle als ESPON Contact Point (ECP) umfasst die Beteiligung des BBR eigene analytische Arbeiten zur abschließenden Formulierung von Handlungsempfehlungen.

Das Teilprojekt 2.1.1 ist eine der politikorientierten Wirkungsstudien des ESPON-2006-Programms. Es verfolgt das Ziel einer Raumwirksamkeitsprüfung für TENs (Trans-europäische Netzwerke) auf Grundlage einer Operationalisierung der im EUREK (Europäisches Raumentwicklungskonzept) entwickelten politischen Optionen einer nachhaltigen Raumentwicklung. Die Entwicklung der Verkehrsnetze und der Netze der Informations- und Kommunikationstechnik (IuK) im erweiterten Europa werden in verschiedenen Prognosemodellen analysiert.

Ein Beispiel aus dem Verkehrsbereich liefert das SASI-Modell, das vom Projektpartner Spiekermann & Wegener Stadt- und Regionalforschung, Dortmund entwickelt wurde. Es beruht auf einer Quasi-Produktionsfunktion – Erreichbarkeit wird als zusätzlicher Produktionsfaktor in die Produktionsfunktion eingestellt. Bewertungsgegenstand der Prognosemodelle sind Netzausbauszenarien (ex post und ex ante) und Verkehrskosten-szenarien (ex ante).

Bewertungsgrundlage ist neben der ESPON-Datenbasis mit Regionaldaten für das Gebiet der EU 15, der zwölf Beitrittsländer sowie für die Schweiz und Norwegen eine Netzdatenbasis für Straße, Schiene und Luft, die die Ent-

wicklung der Netze zwischen 1981 und 2021 in Fünfjahresschritten beschreibt.

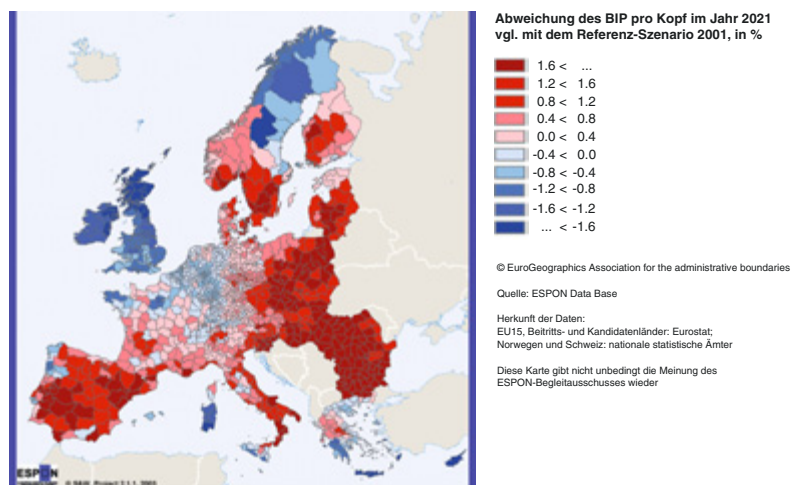
Die durch eine Verbesserung der Erreichbarkeitsverhältnisse bewirkten Veränderungen der Wirtschaftskraft von Regionen, die für verschiedene verkehrspolitische Szenarien zu erwarten sind, lassen sich mit dem Modell ermitteln und bewerten.

Ein zentrales Prognoseergebnis des SASI-Modells zeigt beispielsweise, dass die durch Umsetzung des Szenarios B 3 (Realisierung aller TEN/TINA-Projekte) verursachte Veränderung des Bruttoinlandproduktes (BIP) regionale Disparitäten der Wirtschaftsentwicklung im Untersuchungsraum verringert.

Zu berücksichtigen ist, dass die Wirkung von Verkehrsmaßnahmen auch bei großen Veränderungen der Erreichbarkeit durch andere sozio-ökonomische Makrotrends stark überlagert wird.

Das Projekt 2.1.1 mit neun Projektpartnern aus sieben Ländern läuft bis zum Herbst 2004. Aktuelle Berichte zum Stand des Forschungsvorhabens können im Internet unter http://www.espon.lu/online/documentation/projects/policy_impact/index.html abgerufen werden.

Veränderung des BIP pro Einwohner (SASI, Szenario B 3)



Quelle: Bröcker, J. et al.: Third Interim Report of Action 2.1.1 of the European Spatial Planning Observation Network ESPON 2006, Kiel 2003, S. 66

Übersicht: Verkehrspolitische Szenarien	
A Infrastrukturmaßnahmen 1991-2001	A 1: Schienenprojekte A 2: Straßenprojekte A 3: Schienen- und Straßenprojekte
B Voraussichtliche Infrastrukturmaßnahmen 2002-2021	B 1: Schienenprojekte B 2: Straßenprojekte B 3: Schienen- und Straßenprojekte
C Preispolitik	C 1: Preisreduktionen im Schienenverkehr C 2: Preisreduktionen im Straßenverkehr C 3: Preisreduktionen im Schienen- und Straßenverkehr
D Preispolitische Maßnahmen und Infrastrukturmaßnahmen	Umsetzung aller voraussichtlichen Infrastrukturmaßnahmen kombiniert mit Preissteigerungen im Schienen- und Straßenverkehr (B3 und C3)

Ansprechpartner:
Martin Spangenberg
Referat II „Raumentwicklung“
Tel.: 018 88 – 401 22 35
Fax: 018 88 – 401 23 56
E-Mail:
martin.spangenberg@bbr.bund.de



Weitere Informationen und nützliche Links zum Thema IKZM finden Sie unter: www.bbr.bund.de unter Raumordnung/Raumentwicklung und Raumordnung/Integriertes Küstenzonenmanagement

Raumordnungsstrategien für ein Integriertes Küstenzonenmanagement (IKZM)

Die Küstenräume erleben einen deutlichen Strukturwandel. Die traditionellen Küsten- und Meeresnutzungen werden ergänzt durch neuere Nutzungen wie z. B. Offshore-Windenergie oder Marikulturen. Damit verbunden sind Konflikte und Flächennutzungskonkurrenzen; entsprechend werden komplexe Abwägungsverfahren und Strategieüberlegungen benötigt. Dem Bund liegen eine Reihe von Anträgen für Offshore-Windkraftanlagen vor. Mit der Zulassung solcher Nutzungen ergibt sich ein Bedarf an Entscheidungshilfen, um die gegenwärtige und zukünftige Entwicklung einerseits nicht aufzuhalten, sie aber andererseits nach dem Prinzip der Nachhaltigkeit steuern zu können. Damit sind die Küstenräume in das Blickfeld und den Aufgabenbereich der Raumordnung geraten.

Mit Beschluss der Ministerkonferenz für Raumordnung vom 3.12.2001 wurde der Bund daher gebeten, innerhalb der Ausschließlichen Wirtschaftszone (AWZ) in Abstimmung mit den Ländern und den Nachbarstaaten eine Raumentwicklungsstrategie zu erarbeiten. Vor diesem Hintergrund und der Empfehlungen des Europäischen Parlaments und des Rates zur Umsetzung einer Strategie für ein integriertes Management der Küstengebiete in Europa (2002/423/EG vom 30. Mai 2002) hat die Bundesraumordnung verschiedene Forschungsvorhaben zum Thema in Auftrag gegeben. Darüber hinaus unterstützt sie im Rahmen der EU-Gemeinschaftsinitiative Interreg III B transnationale Projekte, die dazu beitragen, Raumentwicklungsstrategien für ein stärker integriertes Management der Küstenzonen zu entwickeln, zu erproben und umzusetzen.

• Strategien und Szenarien zur Raumnutzung in Nordsee und Ostsee

Im Rahmen des Forschungsprojekts „Strategien und Szenarien“ wurden erstmals grundsätzliche und praktische Leitstrategien zur räumlichen Organisation der deutschen Ausschließlichen Wirtschaftszonen diskutiert, Verfahren der Meeresplanung vorgeschlagen und zwei Szenarien zur Raumnutzung in Nordsee und Ostsee aufgezeigt.

• Rechtsgutachten zur Raumordnung im Küstenmeer

Hinsichtlich des Auftrags an den Bund, innerhalb der Ausschließlichen Wirtschaftszone eine Raumentwicklungsstrategie zu er-

arbeiten, waren eine Reihe offener rechtlicher, insbesondere kompetenzrechtlicher Fragestellungen Gegenstand eines Rechtsgutachtens zum Thema.

• Workshop „Raumordnung auf dem Meer?“

Im Mittelpunkt des Workshops „Raumordnung auf dem Meer?“ im Oktober 2002 in Hannover stand die Diskussion von Zwischenergebnissen zu den beiden genannten Forschungsvorhaben. Die Dokumentation des Workshops und Ausschnitte der Gutachten sind als pdf-Datei auf der Homepage des BBR abrufbar (siehe Randspalte).

• Nationale Strategie für ein IKZM

Mit den Empfehlungen des Europäischen Parlaments und des Rates zur Umsetzung einer Strategie für ein IKZM in Europa wird den EU-Mitgliedstaaten empfohlen, eine nationale Bestandsaufnahme und darauf aufbauend eine nationale Strategie zur Umsetzung der Grundsätze des IKZM zu entwickeln. Im Rahmen eines von BMVBW und BBR vergebenen Projektes werden zur Zeit konkrete Vorschläge für eine nationale Strategie aus Sicht der Raumordnung erarbeitet. Auf dem Workshop „Auf dem Weg zur nationalen Strategie im Integrierten Küstenzonenmanagement – Perspektiven der Raumordnung“ am 23.10.2003 in Berlin wurden hierzu Erwartungen, Anforderungen sowie Umsetzungsstrategien diskutiert.

• Pilotprojekt „Raumordnung auf dem Meer“

Um praktische Erfahrungen zu sammeln, werden in einem Testgebiet (Krieger's Flak) planungsrelevante Informationen über Küsten- und Meeresraum und über anstehende und künftige Planungen und Maßnahmen zusammengeführt, überprüft und in der Art einer Realsimulation mit den zuständigen Planungsinstanzen und relevanten Gruppen einer abwägenden Lösung zugeführt. Die Lösungsmöglichkeiten werden in die nationale IKZM-Strategie eingebracht.

• Interreg-Projekte zum IKZM

Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative Interreg III B und ihrem Vorläufer Interreg II C können im Nord- und Ostseeraum transnationale Projekte zum IKZM gefördert werden. In beiden Räumen wurden mit Interreg II C-Projekten erste wichtige Ergebnisse gewonnen. Interreg III B-Folgeprojekte sind bereits angelaufen, andere werden zurzeit noch vorbereitet.

Ansprechpartner:

Brigitte Ahlke
Referat I 3 „Europäische Raum- und Stadtentwicklung“
Dr. Gerhard Wagner
Referat I 5 „Verkehr und Umwelt“
Tel.: 018 88 – 401 23 30
Tel.: 018 88 – 401 23 09
Fax: 018 88 – 401 22 60
E-Mail:
brigitte.ahlke@bbr.bund.de
gerhard.wagner@bbr.bund.de

Siedlungsstrukturelle Veränderungen im Umland der Agglomerationsräume

Forschungen zur Raumentwicklung, Band 114

Im Vordergrund der vom IÖR – Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung, Dresden, (Autoren: Stefan Siedentop, Steffen Kausch, Klaus Einig, Jörg Gössel) im Auftrag des BBR bearbeiteten Studie „Siedlungsstrukturelle Veränderungen im Umland der Agglomerationsräume“ steht eine bundesweite Analyse siedlungsstruktureller Trends. Sie stützt sich auf ein Untersuchungsdesign, das Auswertungstechniken der Statistik und Geo-Informatik kombiniert und einen multitemporalen Datenpool nutzt, der alle Gemeinden Deutschlands einbezieht. So lassen sich gesellschaftlich relevante Folgen siedlungsräumlicher Entwicklungsprozesse mit einer hohen Auflösung abschätzen und regionspezifische Handlungsempfehlungen für die Raumordnungspolitik ableiten. Neben der flächendeckenden Raumanalyse werden 13 Agglomerationen einer vertieften Untersuchung unterzogen.

Die räumliche Analyse der Entwicklungsphasen basiert auf gemeindeschaffen Daten zur Bevölkerung, Beschäftigung, Flächennutzung, Bautätigkeit, zum Wohngebäudebestand, zum Pendelverkehr und Wanderungsgeschehen sowie zum Lohn- und Einkommensteueraufkommen. Ergänzt wird dieser gemeindestatistische Datenbestand um digitale Geo-Daten zur Bodenbedeckung (CORINE Land Cover), zu den regionalen Verkehrssystemen (Straßen-, Schienen-, Haltestellennetz), den zentralen Orten in Deutschland und Entfernungsverhältnissen zwischen den Gemeinden. So lassen sich in den alten Ländern Entwicklungen über einen Zeitraum von 15 bis 20 Jahren (Bevölkerung, Beschäftigung, Flächennutzung) bzw. zehn Jahren (Wanderungen, Bautätigkeit, Wohnungsbestand, Lohn- und Einkommensteuer) untersuchen. In den neuen Ländern beschränken sich die Möglichkeiten auf die Zeitspanne Mitte bis Ende der 1990er Jahre.

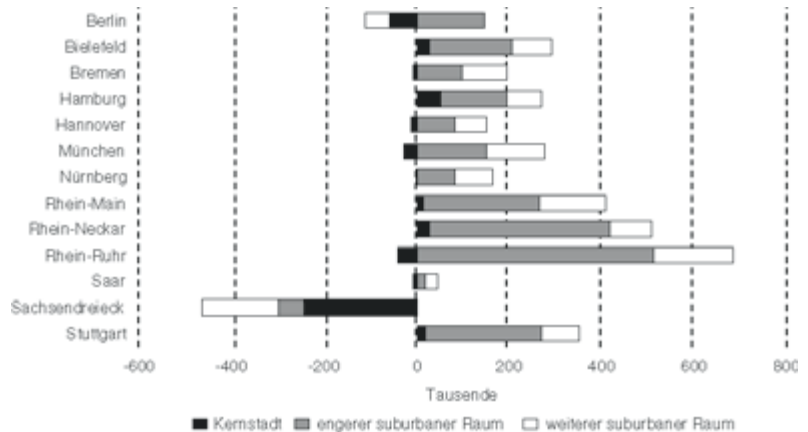
Der Analyseprozess wird durch ein quantifiziertes Phasenmodell der Verstädterung strukturiert, welches in der vergleichenden Stadtforschung Verwendung findet und insgesamt vier Hauptphasen der Verstädterung unterscheidet (Urbanisierung, Sub-, Re- und Disurbanisierung mit dem Sonderfall der Counterurbanisierung). Das ursprünglich nur auf Annahmen zur Bevölkerungsentwicklung basierende Phasenmodell wird er-

weitert und die Entwicklung der Beschäftigten und der Siedlungs- und Verkehrsfläche in das Modell integriert. Weiterhin wird der monozentrische Ansatz des Phasenmodells überwunden, sodass auch Entwicklungsprozesse in polyzentrischen Regionen abgebildet werden können. Die Unterscheidung von Distanzzonen ermöglicht räumlich differenzierte Aussagen zur Ausprägung von Verstädterungsphasen innerhalb der Analyseregionen, die teilweise disparate Entwicklungspfade durchlaufen. Insbesondere zwischen west- und ostdeutschen Regionen zeigen sich gegenläufige Entwicklungsmuster. Aber auch innerhalb der alten Länder konnten abweichende Entwicklungstrends dokumentiert werden. So haben sich noch nicht am Rande aller Kernstädte ähnlich hoch verstädterte Umlandzonen (Zwischenstädte) herausbilden können.



Das Heft kann beim Selbstverlag des BBR Postfach 21 01 50 53156 Bonn Fax: 018 88 – 401 22 92 E-Mail: selbstverlag@bbr.bund.de zum Preis von 20,00 Euro (zzgl. Versand) bezogen werden.

Bevölkerungsentwicklung von Kernstädten, engerem und weiterem sub-urbanem Raum (1990 – 1999)



Die Ergebnisse unterstützen die Einschätzung, dass siedlungsstrukturelle Leitbilder mit bundesweitem Geltungsanspruch immer fragwürdiger sind. Risiken zeigen sich insbesondere im ungebremsten Siedlungsflächenwachstum, in voranschreitender Dispersion der regionalen Siedlungssysteme, in räumlich sich ausdehnenden Pendlerverflechtungen, in sich intensivierender sozialräumlicher Segregation zwischen „armen“ Kernstädten und „reichen“ Umländern, in anhaltender Freiraumverknappung am Rande der Kernstädte und in der rasanten Fragmentierung des Freiraumbestandes im ländlichen Umland.

Ansprechpartner:

Klaus Einig
Referat I 1 „Raumentwicklung“
Tel.: 018 88 – 401 23 03
Fax: 018 88 – 401 23 56
E-Mail: klaus.einig@bbr.bund.de



Das Heft kann beim
Selbstverlag des BBR
Postfach 21 01 50
53156 Bonn
Fax: 018 88 – 401 22 92
E-Mail:
selbstverlag@bbr.bund.de
zum Preis von
15,00 Euro (zzgl.
Versand) bezogen
werden.

Ansprechpartner:

Klaus Einig
Referat I 1 „Raum-
entwicklung“
Dr. Fabian Dosch
Referat I 5 „Verkehr und
Umwelt“
Tel.: 018 88 – 401 23 03
Tel.: 018 88 – 401 23 07
E-Mail:
klaus.einig
@bbr.bund.de
fabian.dosch
@bbr.bund.de

Öffentlichkeitsbeteiligung bei Programmen und Plänen der Raumordnung

Forschungen zur Raumentwick- lung, Band 113

Die Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Aufstellung von Raumordnungsplänen erlangte bislang nur in Einzelfällen in Deutschland eine praktische Bedeutung, da raumordnungsrechtliche Festlegungen in der Vergangenheit in der Regel nur für öffentliche Stellen verbindlich waren. Änderungen des rechtlichen Rahmens werden zukünftig aber eine Öffentlichkeitsbeteiligung erforderlich machen. Zu nennen sind hier das Raumordnungsgesetz von 1998, das die Bindungswirkung raumordnungsrechtlicher Festlegungen auf Personen des Privatrechts ausdehnt, sowie die europäische Richtlinie über die Prüfung der Umweltwirkungen bestimmter Pläne und Programme, die bis zum 20.7.2004 in nationales Recht umzusetzen ist.

In der von KoRiS – Kommunikative Stadt- und Regionalentwicklung, Hannover (Autoren: Rainer Danielzyk, Universität Oldenburg; Jörg Knieling, KoRiS; Kerstin Hanebeck, KoRiS; Frank Reitzig, Berlin) im Auftrag des BBR bearbeiteten Studie „Öffentlichkeitsbeteiligung bei Programmen und Plänen der Raumordnung“ werden die juristischen und planungsmethodischen Anforderungen an eine Öffentlichkeitsbeteiligung in der Raumordnungsplanung ausführlich dargestellt. Es wird ein zweistufiges Beteiligungsmodell vorgeschlagen, das auf der ersten Stufe die rechtlichen Mindestanforderungen an eine Öffentlichkeitsbeteiligung normiert und auf der zweiten Stufe konzeptionelle Empfehlungen zur Planungsmethodik formuliert. Die Empfehlungen konnten aus einer bundesweiten schriftlichen Befragung von Landes- und Regionalplanern sowie einer Best-Practice-Analyse ausgewählter Planungsfälle im In- und Ausland abgeleitet werden.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass eine weitergehende rechtliche Festlegung der Öffentlichkeitsbeteiligung weder notwendig noch erforderlich ist. Die in der Untersuchung vorgeschlagenen planerischen Handlungsempfehlungen sollten eher auf freiwilliger Basis umgesetzt werden. Eine Übersicht der Rechtsfolgen und der Rechtsschutzmöglichkeiten bei einer unterlassenen oder fehlerhaften Öffentlichkeitsbeteiligung rundet die Studie ab.

Durch regionales Flächen- management zu einer ressourcenschonenderen Siedlungsentwicklung

Workshop am 16.12.2003 in Bonn

Kooperative, integrierte Ansätze leisten einen wichtigen Beitrag zur Verringerung des Siedlungs- und Verkehrsflächenwachstums. Dies ist das Fazit des Workshops „Regionales Flächenmanagement – im instrumentellen Verbund effizient zusammenarbeiten“, den das BBR am 16.12.2003 in Bonn veranstaltet hatte.

Nach einführender Vorstellung der neuen Schwerpunkte der Modellvorhaben für Raumordnung (MORO) des BBR und von Ergebnissen des abgeschlossenen MORO „Regionales Flächenmanagement“ wurde an weiteren Praxisbeispielen aufgezeigt, in welchem Umfang bereits heute schon Raumplanung zur Steuerung der Siedlungsentwicklung als integrierter Instrumentenverbund betrieben wird. Praxisberichte wurden zu folgenden Regionen gehalten: regionale Steuerung der Siedlungsentwicklung im Zweckverband Großraum Braunschweig, interkommunale Planung im Zweckverband Raum Kassel, Stadt-Umland-Konzepte in Schleswig-Holstein, regionale Branchenrevitalisierung in Thüringen und interkommunale Gewerbegebiete in Nordrhein-Westfalen. Trotz positiv stimmender Praxiserfahrungen und stetig steigender regionaler Kooperationen gilt das Potenzial regionaler Zusammenarbeit aber noch nicht als ausgeschöpft.

Verbleibende Kooperationspotenziale lassen sich durch staatliche Förderung und Aktionsprogramme mobilisieren. Exemplarisch wurde dies am kommunalen Flächenressourcen-Management in Bayern sowie den Agglomerationsprogrammen in der Schweiz aufgezeigt. In der abschließenden Podiumsdiskussion wurde allerdings deutlich, dass eine drastische Senkung des anhaltend hohen Siedlungs- und Verkehrsflächenwachstums nur dann erfolgreich sein wird, wenn bereits heute schon der Praxis zur Verfügung stehende Instrumente gebündelter, abgestimmter und treffsicherer zur Erreichung einer ressourcenschonenden Siedlungsentwicklung eingesetzt werden.

Informationstransfer und Erfahrungsaustausch

Bundestransferstellen Soziale Stadt und Stadtumbau Ost eingerichtet

Spätestens seit dem Start der Programme „Stadtteile mit besonderem Entwicklungsbedarf – die soziale Stadt“ und „Stadtumbau Ost“ sind integrierte Stadtentwicklungskonzepte zu einem bundesweit anerkannten Instrumentarium einer innovativen Stadtentwicklungspolitik geworden. Mit den neuen Programmansätzen reagierten Bund und Länder auf veränderte Rahmenbedingungen in den Städten. Zu den aktuellen Trends gehören die ökonomischen, demographischen und wohnungswirtschaftlichen Strukturveränderungen ebenso wie damit einhergehende Prozesse der Schrumpfung und sozialräumlichen Spaltung innerhalb der Städte. Als Folge dieser Entwicklungen stehen die Kommunen vor vielfältigen neuen Aufgaben und Herausforderungen, denen vielerorts bereits mit neuen Entwicklungsstrategien und Lösungsansätzen begegnet wird. Stadteilerneuerung und Stadtumbau werden damit als Antwort auf die aktuellen und künftigen Polarisierungs- und Schrumpfungsprozesse mit ihren Folgeproblemen erkannt und in die Praxis umgesetzt.

Nach der Implementierungsphase der Programme liegen – dies machen die Erkenntnisse aus der Programmbegleitung der „Sozialen Stadt“ ebenso deutlich wie die Beiträge und Ergebnisse des Bundeswettbewerbs „Stadtumbau Ost“ – vielfältige Erfahrungen und umfangreiches Wissen bei der Erprobung integrierter Stadtentwicklungsansätze und neuer Kooperations- und Steuerungsformen vor. Mit den nun eingerichteten Bundestransferstellen „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau Ost“ soll der Erfahrungs- und Wissenstransfer verstärkt fortgesetzt und die weitere Programmumsetzung aktiv unterstützt werden.

Die Transferstellen nehmen damit zwei wesentliche Aufgabenbereiche wahr:

- Zum einen werden die vielfältigen Informationen und Erfahrungen aus Forschung und Praxis gebündelt und ein kontinuierlicher Ergebnis- und Wissenstransfer zwischen den am Stadtumbau- bzw. Stadtentwicklungsprozess beteiligten Kommunen und Akteuren gefördert. Aktuelle programmspezifische Informationen sollen dabei nicht nur Praxis und Politik, sondern auch einer breiten Fachöffentlichkeit zugänglich sein.

- Zum anderen wird im Rahmen der Programmbegleitung der Stand der Programmumsetzung erfasst und analysiert, um den Trägern des Stadtumbaus und der Stadteilerneuerung eine Weiterentwicklung der Handlungskonzepte bzw. frühzeitige Umsetzung entsprechender Anpassungsstrategien zu ermöglichen. Neben der Analyse der Programmumsetzung stellen die Unterstützung bei Monitoring und Erfolgskontrolle sowie Politikberatung weitere wichtige Ziele dar.

Zentrale Bausteine für den Informations- und Wissenstransfer sind die Internetforen www.sozialestadt.de und www.stadtumbau-ost.info. Diese enthalten neben Informationen zu Programmgrundlagen und Förderansätzen vor allem Einblick in Praxis und Projekte, Ergebnisse aus der Forschung, Hinweise auf aktuelle Veranstaltungen und Veröffentlichungen, relevante Links zu Institutionen, Initiativen und Programmen sowie weitere Angebote wie Newsletter, interaktive Diskussionsforen und Hinweise auf Ansprechpartner/innen vor Ort.

Um den Austausch von Praxiserfahrungen zu ermöglichen und die Fachdiskussion zu fördern, sind darüber hinaus Workshops und Fachveranstaltungen sowie programmspezifische Publikationen geplant. Ziel ist es, eine Basis für die Kommunikation aller am Stadtumbau- bzw. Stadterneuerungsprozess beteiligten Akteure zu bieten und wechselseitige Lernprozesse – zwischen den Kommunen und Akteuren ebenso wie zwischen den unterschiedlichen Ebenen – anzuregen.

Als dritter Baustein und wesentliches Element zur Erfassung der Programmumsetzung in den beteiligten Kommunen sind schließlich Befragungen und Gespräche mit relevanten Akteuren geplant.

Als Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis, zwischen Bund, Ländern und Kommunen und nicht zuletzt zwischen öffentlichen und privaten Akteuren nehmen die Transferstellen damit eine wichtige Funktion im Rahmen der Begleitung der Programme „Soziale Stadt“ und „Stadtumbau Ost“ ein. Das BBR wird diese Programmbegleitung sowie den Transfer in Politik und Praxis im Auftrag des BMVBW koordinieren und aktiv unterstützen.



Bundestransferstelle Soziale Stadt

Internet:
www.sozialestadt.de
E-Mail:
sozialestadt@difu.de
Projektleitung:
Dr. Heidede Becker



Bundestransferstelle Stadtumbau Ost

Internet:
www.stadtumbau-ost.info
E-Mail:
stadtumbauost-transfer@irs-net.de
Projektleitung:
Dr. Heike Liebmann

Ansprechpartner:

Silke Haack
Referat I 4 „Regionale
Strukturpolitik und
Städtebauförderung“
Tel.: 018 88 – 401 23 41
Tel.: 018 88 – 401 23 46
E-Mail:
silke.haack@bbr.bund.de

Herausgeber, Herstellung und Selbstverlag

Bundesamt für
Bauwesen und Raumordnung
Deichmanns Aue 31 - 37, 53179 Bonn
Telefon: 0 18 88 - 4 01 - 0
Telefax: 0 18 88 - 4 01 - 22 66
web: www.bbr.bund.de

Selbstverlag des BBR, Postfach 21 01 50, 53156 Bonn

G 7718 F

Verantwortlich

Wendelin Strubelt, Hans-Peter Gatzweiler, Robert Kaltenbrunner

Redaktionelle Bearbeitung

Gabriele Bockshecker

Druck

Dienstleistungszentrum Druck im BBR

Die Informationen aus der Forschung des BBR erscheinen
in unregelmäßiger Folge sechsmal im Jahr.

Interessenten erhalten sie kostenlos.

Frei zum Nachdruck. Belegexemplare erbeten.

Zitierweise:

Informationen aus der Forschung des BBR 1/ 2004 – Februar

ISSN 1434 – 9590

II. Nationaler Städtebaukongress – Stadtentwicklung zwischen privatem Einfluss und öffentlicher Verantwortung



Ein zentrales Aufgabenfeld der öffentlichen Hand ist die Gewährleistung der Infrastrukturversorgung. In der Tendenz ist festzustellen, dass dem privaten Sektor in diesem Bereich eine immer stärkere Rolle zugebilligt wird. In der Beurteilung dieser „Privatisierungstendenzen“ schwankt die Fachöffentlichkeit zwischen der Erwartung von „Effizienzsteigerung durch mehr Markt“ und dem Bedauern, dass sich die öffentliche Hand teilweise aus der „Gewährleistungsverantwortung“ zurückzieht.

Der II. Nationale Städtebaukongress am 10./11. Mai 2004 in Bonn, zu dem das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen gemeinsam mit der Bauministerkonferenz, dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund einladen, greift die Diskussion um das zukünftige Verhältnis zwischen öffentlicher Verantwortung und privater Initiative auf. Im Zentrum stehen folgende Aspekte auf:

- Aufgrund abnehmender finanzieller Spielräume baut die öffentliche Hand in vielen Bereichen seit Jahren Personal ab. Auch wenn überkommene Aufgaben an Bedeutung verlieren, werden diese durch neue Aufgabenbereiche kompensiert. Es stellt sich die Frage: Auf welche Kernaufgaben muss sich die öffentliche Hand konzentrieren, will sie die Steuerungsfunktion behalten? Wo liegen die Grenzen des Outsourcing?
- Mit Förderprogrammen, Steuervergünstigungen und ähnlichen Anreizsystemen

versucht die öffentliche Hand, private Investoren in die Richtung einer nachhaltigen Entwicklung bei der Sicherung der Infrastrukturversorgung zu lenken. Wie erfolgreich ist sie dabei? Ist dies der richtige Weg, um gewünschte Qualitätsstandards im Städtebau, in der Stadtentwicklung und bei der Wohnungsverorgung zu sichern?

- Kooperationsformen zwischen der öffentlichen Hand und der Privatwirtschaft bewegen sich zum Teil in einer „Grauzone“. Befürchtungen werden laut, dass Kontrollfunktionen versagen und die demokratische Legitimation von Entscheidungsprozessen vernachlässigt werden könnte. Es stellt sich die Frage, ob neue „Spielregeln“ definiert und rechtliche Grenzen beim Zusammenwirken der öffentlichen Hand und der privaten Initiative geändert werden müssen?

Die Antworten darauf werden in Abhängigkeit von Blickwinkel und Handlungsbereichen variieren. Sie aus der Perspektive der Wirtschaft für die Handlungsbereiche Handel, Wohnungswirtschaft und innerstädtische Projektentwicklung offen zu legen, ist Ziel des ersten Veranstaltungstages. Sie aus der Perspektive der öffentlichen Hand zu reflektieren und für die Zukunft „den Kurs“ zu konkretisieren, ist Ziel des zweiten Tages. Im Ergebnis soll die Veranstaltung einen Beitrag zu strategisch angemessenen Handlungsoptionen und zur Fortentwicklung von Städtebau- und Stadtentwicklungspolitik leisten.

Weitere Informationen
sowie
Anmeldemöglichkeiten
finden Sie unter:
www.exwost.de